

OBERSCHLESIISCHE STIMME

Nr. 5 (539), Mai 2025

ISSN 1896-7973

Informations- und Kulturbulletin des Deutschen Freundschaftskreises in der Woiwodschaft Schlesien

Thema des Monats



Es ist ein Moment, den wir nicht verspielen dürfen – lautet der letzte Satz der Resolution der Delegierten des VdG zur Wiederaufnahme der Arbeit des sog. Runden Tisches. Es wäre ein bedeutender Schritt, insbesondere mit Blick auf das Jahr 2026, in dem sich die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags vom 17. Juni 1991 zum 35. Mal jährt.

[Mehr auf S. 6](#)

Jubiläum im Zeichen der Partnerschaft

Die Feier anlässlich des 35-jährigen Bestehen der deutschen Minderheit in Beuthen hatte einen ganz besonderen Charakter und umfasste das 25-jährige Jubiläums der Städtepartnerschaft mit Recklinghausen.



[Mehr auf S. 4](#)

Deutsch-polnische Beziehungen

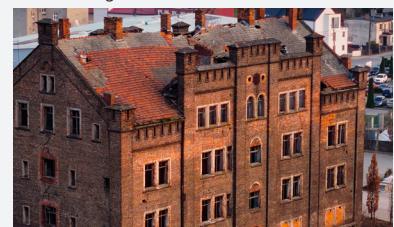
Niemand, der sich mit den deutsch-polnischen Beziehungen beschäftigt, bezweifelt, dass der Runde Tisch wieder aktiv werden muss. Die Frage war nur: In welcher Form? Ob wie bisher? Oder ob ein neues Kommunikationsformat nötig sei?



[Mehr auf S. 8](#)

Neues Leben für die alte Husarenkaserne

Die „hässliche Visitenkarte“ der deutschen Minderheit in Ratibor und Gegenstand von Kritik wird bald wieder in neuem Glanz erstrahlen. Somit wird dorthin bald der Sitz des Deutschen Freundschaftskreises im Bezirk Schlesien verlegt.



[Mehr auf S. 14](#)



Anita Pendzialek
Chefredakteurin

OBERSCHLESIISCHE
STIMME

Wort zur Einführung

Streben nach Normalität

Die polnisch-deutschen Beziehungen brauchen Normalität. An diese Worte von Professor Bartoszewski habe ich mich erinnert, als ich das Büro des Abgeordneten Krząkała in Rybnik, nach unserem Interview, verließ. Dieser Satz kam mir in den Sinn, weil der Abgeordnete während unseres Treffens gerade Władysław Bartoszewski erwähnte. Ich bin keine Expertin in Sachen Politik oder internationale Angelegenheiten, aber ich glaube, dass gerade in dem Satz viel Wahrheit steckt. Ich kenne auch keine genaue Definition von Normalität, aber ich weiß, wann wir sie brauchen oder davon sprechen – nach Stürmen, Streitigkeiten, Kriegen, Tragödien, Schwierigkeiten oder anderen kleineren und größeren Turbulenzen. Jeder von uns kann unter dem Begriff „Normalität“ auch etwas anderes verstehen, denn jeder hat ein anderes Leben und andere Erfahrungen und somit auch andere Normen. Sicher ist jedoch, dass „Normalität“ für jeden von uns etwas Positives ist und das Fehlen von Pathologien oder Dysfunktion-

nen, wie sie zuvor genannt wurden, bedeutet. Wenn wir uns derzeit die polnisch-deutschen Beziehungen ansehen, können wir nicht von Normalität sprechen. Das Traurigste daran ist, dass wir, als ich vor mehr als zehn Jahren meine soziale und berufliche Laufbahn mit der deutschen Minderheit in Polen begann, dieser Normalität der polnisch-deutschen Beziehungen, meiner Meinung nach, näher waren als heute, weil wir auf politischer und sozialer Ebene damals tatsächlich danach strebten. Es war eine Phase des Brückenzaus, der Pflege von Freundschaften, der Bekämpfung von Vorurteilen... Die heutige Situation würde ich nicht so beschreiben. Zumindest nicht in Bezug auf politische Angelegenheiten. Das sollte sich ändern. Es gibt eine Chance dafür. Über schwierige Themen, über Partnerschaft, über die polnisch-deutschen Beziehungen, über Erinnerung, sowie über Chancen – all das können Sie in dieser Ausgabe des Bulletins lesen. Ich wünsche Ihnen eine interessante und anregende Lektüre.



Aus Sicht des Präsidiums des DFK Schlesien

Neue Realität

Die jüngsten Ereignisse werfen die Frage auf, in welche Richtung sich Polen, Europa und die Welt entwickeln. Die Ukraine befindet sich im Krieg und Polen und einige europäische Staaten bewegen sich in Richtung Nationalismus. Können wir angesichts dieser Situation zuversichtlich in die Zukunft blicken? Ich hoffe, dass Menschen, denen das Wohl der Menschheit und der Fortbestand unserer westlichen Kultur am Herzen liegen, dadurch zum Handeln bewegt werden. Seien wir nicht gleichgültig, denn diejenigen, die sich mit populistischen Parolen tarnen, können unsere Wachsamkeit ausnutzen. Ein wichtiger Bestandteil der Identität ist die Bürgerverantwortung. Die vergangenen Wahlen in Polen waren ein wichtiger Test für die Zukunft unserer Kinder, Kultur und Identität. Ein weiterer wichtiger Bestandteil ist das Sensibilisieren der jungen Genera-

tion für drohende Gefahren. Diese können zu einer Störung der Beziehungen zur Europäischen Union und zur Marginalisierung unserer deutschen Minderheit führen. Niemand würde sich ein solches Szenario wünschen. Daher ist es wichtig, das, was unserer Zukunft droht, aufzuzeigen und zu benennen. Die nächste Zeit wird ein Test für unsere Verantwortung für das Sein, was uns unsere Vorfahren durch ihr Handeln vermittelt haben – das wir unsere Identität und Werte, die auf Demokratie, Kultur und gegenseitigem Respekt basieren, zum Wohle und für die Zukunft unserer Kinder und der Menschheit pflegen können.

Waldemar Świerczek
2. Vizevorsitzende

“

Inhalt

AUS DEM DFK

- 3 | „Folgen wir der Verpflichtung aus der Geschichte zu lernen“. Gedenkveranstaltung in Erinnerung an die Opfer des NKWD-Lagers in Tost
- 4-5 | Eine Feier, zwei Jubiläen. 35 Jahre des DFK Beuthen und 25 Jahre der Städtepartnerschaft Beuthen-Recklinghausen

THEMA DES MONATS

- 6-7 | Es ist ein Moment, den wir nicht verspielen dürfen. Appell der VdG Delegierten zur Wiederaufnahme der Arbeit des Deutsch-Polnischen Runden Tisches
- 8-11 | Gemeinsam können wir mehr erreichen! Interview mit Marek Krząkała über den Runden Tisch

GESCHICHTE UND KULTUR

- 12-13 | Max Sabass. Deutscher Industrieller und Politiker. Teil II. Familiengeschichten, die in die komplexen Ereignisse Oberschlesiens führen

ALLERLEI

- 14-15 | Endlich neues Leben für die alte Husarenkaserne in Ratibor. Interview mit Martin Lippe

„Folgen wir der Verpflichtung aus der Geschichte zu lernen“

Gedenken an die Opfer des NKWD-Lagers in Tost

Anita Pendzialek



Rafał Bartek am 10. Mai 2025 bei der Gedenkfeier am Denkmal der Opfer des NKWD-Lagers in Tost
Foto: Ewelina Stroka

Schätzungsweise um die 3.500 Menschen haben im Zeitraum von Mai bis November 1945 im NKWD-Lager in Tost (poln. Toszek) ihr Leben verloren. Diese Tragödie und die Erinnerung an die Opfer müssen im Bewusstsein der Menschen bleiben. Dafür sorgt seit Jahren der DFK Tost.

Das NKWD-Lager in Tost war im Jahr 1945 einige Monate lang in dem Gebäude der Heil- und Pflegeanstalt in Tost im Kreis Gleiwitz (poln. Gliwice) untergebracht. In den ersten Monaten hat die Rote Armee die sogenannte Säuberung der Hinterfront durchgeführt – das NKWD, also die sowjetische politische Geheimpolizei, hat nach faktischen oder vermeintlichen Feinden gesucht. Tausende von Gefangenen wurden in verschiedenen Haftanstalten inhaftiert, darunter auch in dem in Tost errichteten NKWD-Lager Tiuroma. Interniert wurden dort aber nicht nur Menschen aus Oberschlesien, sondern auch Tausende Männer aus Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen. Sie sollten

schichte ähnlich ist, Familienangehörige der Opfer jenes NKWD-Lagers, haben vor Jahren dafür gesorgt, dass in Tost an der Wiełowiejska-Straße, nahe des jüdischen Friedhofs, ein Denkmal für die Opfer errichtet wird. Sowohl für das Denkmal der Opfer, als auch dafür, dass dort die Gedenkfeierlichkeiten stattfinden, sorgt seit Jahren der DFK Tost.

Ein Ort, der zum Nachdenken anregt

Dieses Jahr wurde die Gedenkeremontie für die Opfer des NKWD-Lagers am 10. Mai 2025 durchgeführt. Zahlreiche bewegende Reden sowie die Kranz- und Blumenniederlegung zeichneten die Gedenkstunde an dem Denkmal aus. Wenn wir uns heute an diese dramatischen Zeiten erinnern, können wir diesen Ereignissen gegenüber nicht gleichgültig bleiben. Tost ist ein Symbol für Leid und

verhört, kontrolliert und dann nach Sibirien verbannt oder nach Hause geschickt werden. Doch die Wirklichkeit sah anders aus. Tost wurde oftmals zur letzten Station ihrer Reise. Binnen weniger Monate starben mehr als 3.000 der Häftlinge an Typhus, Dysenterie oder Mangelernährung. Die Erinnerung an die Opfer pflegt seit Jahren der DFK Tost, der zusammen mit der Initiativgruppe NKWD-Lager Tost die Gedenkfeierlichkeiten an dem Massengrab der Opfer organisiert. Die Gründerin der Initiativgruppe ist Sybille Krägel, deren Vater in dem Lager ums Leben kam. Personen, deren Lebensge-

Grausamkeit, aber auch ein Ort, der zum Nachdenken anregt. Denn er zeigt uns, dass wir alles dafür tun sollten, um ähnliche Tragödien nie wieder geschehen zu lassen, betonte in seiner Rede Rafał Bartek, Vorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen, der neben anderen Vertretern der deutschen Minderheit an der Gedenkveranstaltung teilnahm. Dass die Geschichte mahnen muss und wir nicht schweigen dürfen betonte auch Peter Herr, Konsul der Bundesrepublik Deutschland in Oppeln: Gerade heute, angesichts der erneut bedrohlich aufziehenden Schatten in Europa, ist das Gedenken an solche Orte von besonderer Bedeutung. Wenn ein dirigistisch geführtes Russland wieder Gewalt gegen Nachbarn ausübt, Grenzen missachtet und Leben zerstört, dürfen wir nicht schweigen. Die Geschichte mahnt uns: Frieden, Recht und Menschenwürde müssen täglich neu erarbeitet, verteidigt und geschützt werden. Auch und gerade gegen jene, die glauben, Macht dürfe über Moral stehen. In stillem Gedenken verneigen wir uns vor den Opfern des Lagers Tost. Wir tun dies mit dem Versprechen, dass ihr Leid nicht vergessen ist – lassen Sie uns ihre Namen bewahren, ihre Geschichte erzählen. Und folgen wir der Verpflichtung aus der Geschichte zu lernen, lassen Sie uns die Lehren ziehen, die notwendig sind, um einer Zukunft ohne Willkür, Hass und Gewalt zu dienen.

Die Geschichte mahnt uns: Frieden, Recht und Menschenwürde müssen täglich neu erarbeitet, verteidigt und geschützt werden.

Die bewegende Gedenkveranstaltung versammelt jährlich auch die Familienangehörigen der Opfer, Einwohner von Tost, sowie deutsche und polnische Politiker und Vertreter der lokalen Selbstverwaltung. Am diesjährigen Gedenken nahmen u. a. Dr. Nancy

Aris, Beauftragte der Sächsischen Staatsregierung für Stasi-Unterlagen, Dieter Dombrowski, Vorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, Martin Lippa, Vorsitzender des Deutschen Freundschaftskreises im Bezirk Schlesien und Bernard Gaida, stellvertretender Vorsitzender der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEN) sowie Bevollmächtigter des VdG für internationale Zusammenarbeit in Polen und AGDM-Sprecher, sowie Piotr Kunce, stellvertretender Bürgermeister von Tost, teil. ■



Das 35-jährige Jubiläum des DFK Kreisverbandes Beuthen gab Gelegenheit langjährige und verdiente DFK-Mitglieder zu ehren

Foto: Michael Gorgosch

Eine Feier, zwei Jubiläen

Anita Pendziałek

Die deutsche Minderheit aus Beuthen ist die Basis unserer Zusammenarbeit, so Dr. Sebastian Sanders, Beigeordneter der Stadt Recklinghausen und Vorsitzender des Beuthener Heimatkreises. Anlass für diese Worte war die Feier zum 35-jährigen Bestehen des DFK-Kreisverbandes Beuthen sowie des 25-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft zwischen Beuthen (poln. Bytom) und Recklinghausen.

Die Feierlichkeiten anlässlich dieser zwei besonderen Jubiläen fanden am 26. April 2025 im Rozbark-Theater in Beuthen statt. Für die örtliche deutsche Minderheit war dies nicht nur ein Grund zum Feiern aber auch um über die vergangene Zeit nachzudenken, sich über die gute Zusammenarbeit zu freuen und natürlich auch um neue Pläne für zu Zukunft zu schmieden. Die Feier anlässlich des 35-jährigen Bestehens der deutschen Minderheit hatte einen ganz besonderen Charakter – sie war voller Emotionen, Erinnerungen und Hoffnung auf viele weitere erfolgreiche Jahre. Besonders berührend waren die Auftritte der Kinder, die Deutsch als MinderheitsSprache lernen. Mit großem Engagement vorbereitet, unterstrichen sie die Bedeutung dieses Jubiläums, kommentierte die Feierlichkeiten Markus Tylikowski, Vorsitzender des DFK-Kreisverbandes Beuthen. Während der Feierlichkeiten wurden auch u. a. Ehrenurkunden an langjährige DFK-Mitglieder überreicht – an Menschen, die die Organisation über viele Jahre hinweg mitgeprägt haben.

Geschichte als Fundament der Zusammenarbeit

Die Feier brachte zahlreiche Gäste zusammen, denn außer den DFK-Mitgliedern waren auch die Vertreter der Stadt Beuthen, sowie Delegierte der Partnerstadt Recklinghausen dabei. Alle genossen den bedeutenden Moment zusammen und fanden nur gute Worte sowohl für die Tätigkeit der deutschen Minderheit, wie auch über die langjährige deutsch-polnische Zusammenarbeit zwischen den zwei Städten Beuthen und Recklinghausen. Einer der anwesenden Gäste war Dr. Sebastian Sanders, stellvertretender Bürgermeister und Fachbereichsleiter in der Stadt Recklinghausen in Nordrhein-Westfalen. Dieser ist für den sozialen Bereich zuständig – also für Schulen, Bildung, Kinder, Jugendliche, Familien, sozialen Wohnungsbau sowie des Jobcenter, somit ist er mit dem Thema der Partnerschaft vertraut. Er sprach nur Gutes über die Vertreter der deutschen Minderheit aus Beuthen: In diesem Jahr feiern wir das 25-jährige Bestehen der Partnerschaft, die auf einer langen Freundschaft basiert. Die deutsche Minderheit aus Beuthen hat daran einen großen Anteil. Die deutsche Minderheit in Beuthen ist der Hauptgrund für unsere Präsenz hier. Sie ist das Fundament und die tragende Säule unserer Zusammenarbeit. Durch die

Geschichte der Deutschen und der deutschen Minderheit sind Recklinghausen und Bytom einander nähergekommen – und das bleibt die Basis unserer Partnerschaft. In Recklinghausen leben viele Menschen, die ursprünglich aus dieser Region, also aus Beuthen, stammen und ausgewandert sind. Daher besteht eine starke emotionale Bindung zu dieser Gegend. Wie so oft begann die Partnerschaft durch persönliche Kontakte – Menschen, die von Bytom nach Recklinghausen kamen. Anfangs waren es kleinere Initiativen, die sich im Laufe der Zeit weiterentwickelten – auch durch die Zusammenarbeit auf administrativer Ebene. Schließlich wurde die Partnerschaft im Jahr 2000 offiziell besiegelt, und seitdem blüht diese Freundschaft, sagte in Beuthen Sanders. Seine Worte bezeugte auch Markus Tylikowski, denn auch er erinnerte sich mehrmals an die Anfänge der Zusammenarbeit und die Entwicklung der erfolgreichen Partnerschaft zwischen den zwei Städten: Die Städtepartnerschaft zwischen Beuthen und Recklinghausen besteht

in dem wir die Arbeit der deutschen Minderheit präsentierten und unsere Region näherbrachten.

Beziehungen pflegen und Brücken bauen

Die Initiativen der Städtepartnerschaft sind vielfältig, was aber noch wichtiger ist – sie entwickeln sich weiter. Es gibt eine Zusammenarbeit auf der Verwaltungsebene, bis hin zu Projekten für Kinder und Jugendliche. Für uns ist es sehr wichtig, dass die Partnerschaft auch in der Zivilgesellschaft gelebt wird. Wir wollen Schulen, Selbsthilfegruppen und soziale Organisationen miteinander verbinden. Es gibt auch sportliche Initiativen, zum Beispiel regelmäßige Jugendfußballturniere. Unser Ziel ist es, dass Menschen an der Partnerschaft teilnehmen, die sie auch in den kommenden Jahrzehnten weiterentwickeln, erläuterte Dr. Sebastian Sanders. Markus Tylikowski verriet ergänzend, was genau in der nahen Zukunft geplant ist: Wir freuen uns, in diesem Jahr eine neue gemeinsame Initiative starten zu können: Die Vertiefung der Partnerschaft zwischen Beuthen und Recklinghausen auf der Ebene der Grundschulen. Geplant sind gegenseitige Besuche von Kindern aus beiden Städten. Für die Zukunft planen wir auch eine Zusammenarbeit im sportlichen Bereich. Unterstützung bietet uns hierbei der Verein GKS Czarni Bytom an – dessen Vorsitzende, Frau Małgorzata Wiśniewska-Wilk, ist gleichzeitig Vorsitzende des Stadtsportbundes in Bytom und aktives Mitglied unserer Organisation. Gemeinsam wollen wir ein Projekt im Bereich Judo starten und dieses später auf weitere Sportarten ausweiten, so Tylikowski, der gleich noch hinzugefügt hat: Wir sind stolz darauf, dass unsere Organisation diese Beziehungen pflegt und Brücken zwischen unseren Gemeinschaften baut.



Dr. Sebastian Sanders während seiner Jubiläums-Rede am 26. April 2025 im Rozbark-Theater

Foto: Michael Gorgosch

bereits seit 25 Jahren. Ihren Ursprung hatte sie jedoch in der Auswanderung von Beuthenern nach dem Zweiten Weltkrieg sowie in den 1970er und 1980er Jahren in die Bundesrepublik Deutschland, insbesondere in die Region Recklinghausen. Aus einer zunächst losen Verbindung entwickelte sich im Laufe der Jahre eine offizielle Städtepartnerschaft. Besonders erfreulich ist das zunehmende Engagement der deutschen Minderheit in dieser Partnerschaft. Seit zwei Jahren beteiligen wir uns aktiv an internationalen Projekten. Im Jahr 2023 durften wir eine Jugendgruppe aus Recklinghausen bei uns begrüßen. Gemeinsam mit Kindern aus Beuthen führten wir ein Projekt durch,

Die Partnerstadt aus Deutschland bezieht Beuthen auch in ihre örtliche Pläne ein. In Recklinghausen findet in diesem Jahr der Westfälische Hansetag statt – ein Fest zu Ehren des mittelalterlichen Handelsbundes. Dort werden alle Partnerstädte Recklinghausens mit eigenen Ständen vertreten sein. Beuthen soll dabei eine wichtige Rolle spielen. Es sollen auch noch andere weitere gemeinsame Initiativen folgen. Dies lässt darauf schließen, dass das 25-jährige Jubiläum der Städtepartnerschaft zwischen Beuthen und Recklinghausen noch viele weitere Jahre erfolgreich andauern wird. ■



Bei der Jahrestagung des VdG, der Dachorganisation der deutschen Minderheit in Polen mit Sitz in Oppeln, treffen sich jährlich Vertreter der 24 ständigen Organisationen und 15 assoziierten Mitglieder, die der VdG vereint

Quelle: VdG

Es ist ein Moment, den wir nicht verspielen dürfen

Anita Pendziałek

Die Delegierten des Verbandes deutscher sozial-kultureller Gesellschaften in Polen (VdG) tagten auf dem St. Annaberg am 31. Mai 2025, um die Aktivitäten des vergangenen Jahres zusammenzufassen und die Weichen für 2025 zu stellen. Außerdem wurden zwei Resolutionen angenommen: die Resolution anlässlich des 80. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges und die Resolution zur Wiederaufnahme der Arbeit des Deutsch-Polnischen Runden Tisches.

Die 56. Verbandsratssitzung des VdG versammelte 30 Delegierte, Vertreter der assoziierten Organisationen und Gäste unter denen Kerstin Nielsen, Konsulin im Generalkonsulat Breslau, Katarzyna Kownacka, Leiterin der Abteilung der Konfessionen und Minderheiten im Polnischen Innenministerium, Zuzanna Donath-Kasiura, Vizemarschallin der Woiwodschaft Oppeln, Waldemar Gaida, Landrat von Groß Strehlitz (poln. Strzelce Opolskie), Łukasz Jastrzembski, Bürgermeister der Gemeinde Leschnitz (poln. Leśnica), Mariola Abkowicz, Bevollmächtigte für Minderheitenfragen in der Woiwodschaft Niederschlesien, Bernard Gaida, AGDM-Sprecher und Bevollmächtigter des VdG für internationale Zusammenarbeit in Polen, und Ryszard Galla, Berater des Sejmarschalls für Minderheitenfragen waren. Während der Sitzung wurde das Jahr 2024 mit den für die deutsche Minderheit wichtigen Projekten und Ereignissen, aus nationaler, aber auch aus regionaler Sicht, zusammengefasst. Wir treffen uns heute hier, um gemeinsam auf das vergangene Jahr zurückzublicken und eine Bilanz zu ziehen. Seit der Wende von 1989-1990 sind 35 Jahre vergangen. Dies war eine Zeit, in der die Mitglieder der deutschen Minderheit endlich in der Lage waren, ihre Präsenz zu verdeutlichen und offen über

ihrer Identität zu sprechen. Ein Beweis dafür, dass sich viele Menschen seit Jahren für die Förderung der deutschen Kultur und Sprache einsetzen, sind die großen Jubiläen, (...) die sowohl von Organisationen der deutschen Minderheiten als auch von Bildungseinrichtungen, die die jüngeren Generationen ausbilden, gefeiert wurden, so der Präsident des Verbandes deutscher sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen, Rafał Bartek in seiner Rede. Bartek betonte dabei was besonders das Jahr 2024 markierte: Einer der wichtigsten Erfolge des vergangenen Jahres war das Ende der Diskriminierung von Kindern der deutschen Minderheit. Nach über zwei Jahren von Bemühungen von Mitgliedern unserer Gemeinschaft wurden uns wieder die gleichen Rechte gewährt wie anderen Minderheiten in Polen. Das ist ein großer Erfolg, umso wichtiger ist es, da die Kinder unsere Zukunft sind. Die Verordnung hat jedoch tiefgreifende negative Auswirkungen hinterlassen, die noch lange zu spüren sein werden. Der Vorstand des Verbandes wurde für das Jahr 2024 entlastet. Darüber hinaus gab es eine Diskussion zu Satzungsänderungen des VdG, Ergänzungswahlen zum VdG-Revisionss Ausschuss fanden statt und den VdG-Delegierten wurde der Arbeitsplan für 2025

präsentiert. Dieser umfasst eine Reihe von Veranstaltungen, die von dem Verband und seinen Mitgliedsorganisationen zum Gedenken an den 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs und der Oberschlesischen Tragödie organisiert werden. Geplant sind auch weitere Arbeiten zur Erweiterung und Verbesserung des Deutschunterrichts, kulturelle und soziale Projekte, politische Aktivitäten in Polen und Deutschland, sowie die Arbeit im Medienbereich. Und auch die Förderung von Einrichtungen, wie des Dokumentations- und Ausstellungszentrum der Deutschen in Polen oder des Forschungszentrum der deutschen Minderheit.

Runder Tisch noch 2025?

Die Delegierten nahmen während der Jahrestagung auf dem St. Annaberg auch zwei Resolutionen an: eine Resolution anlässlich des 80. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs und eine Resolution zur Wiederaufnahme der Arbeit des Deutsch-Polnischen Runden Tisches. *In Anbetracht der neuen politischen Realität in beiden Ländern sollte der bevorstehende Jahrestag des Vertrags den Anstoß zu mutigem und konstruktivem Handeln geben. Es ist ein Moment, den wir nicht verspielen dürfen* – lautet der letzte Satz der Resolution zur Wiederaufnahme der Arbeit des sog. Runden Tisches. Ein möglicher Deutsch-Polnischer Runder Tisch wäre bereits ein bedeutender Schritt. Dies gilt insbesondere mit Blick auf das Jahr 2026, in dem sich die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags vom 17. Juni 1991 zum 35. Mal jährt. Die Wiederaufnahme der Gespräche am Deutsch-Polnischen Runden Tisch ist auch Bestandteil des Aktionsplans, der im Anschluss an die Regierungskonsultationen vom 2. Juli 2024 beschlossen wurde. Ein Absatz dieses Dokuments lautet: *Die Beziehungen zwischen der deutschen Regierung und der polnischen Gemeinschaft in Deutschland sowie zwischen der polnischen Regierung und der deutschen*

Ein möglicher Deutsch-Polnischer Runder Tisch wäre ein bedeutender Schritt, insbesondere mit Blick auf das Jahr 2026, in dem sich die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags zum 35. Mal jährt.

Minderheit in Polen beruhen auf gleicher Wertschätzung und wechselseitigem Verständnis im Einklang mit den Bestimmungen des deutsch-polnischen Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit von 1991. Wir beabsichtigen, die Gespräche zur Unterstützung von deutschen Staatsangehörigen mit polnischen Wurzeln und Polinnen und Polen in Deutschland sowie der deutschen Minderheit in Polen im Rahmen eines erneuerten Deutsch-Polnischen Runden Tisches wieder aufzunehmen. Beide Regierungen werden Anstrengungen unternehmen, um die Umsetzung der Bestimmungen des Artikels 21 des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit von 1991 hinsichtlich des muttersprachlichen Unterrichts für die deutsche Minderheit in Polen beziehungsweise die polnische Gemeinschaft in Deutschland sicherzustellen.

Genau dieser Absatz wurde auch in der VdG-Resolution vom 31. Mai 2025 zitiert. In dem Text dieser Entschließung wird auch das bevorstehende 35-jährige Jubiläum des Vertrags und die besondere Rolle, die der sog. Deutsch-Polnische Runde Tisch in den deutsch-polnischen Beziehungen spielt, erwähnt: *Der Runde Tisch spielte eine wichtige Rolle beim Aufbau des gegenseitigen Verständnisses und war eine Plattform für einen auf Partnerschaft und Vertrauen gestützten Dialog. Seine Wiederaufnahme entspricht der Notwendigkeit, diesen Prozess im Geiste des Vertrages fortzusetzen. Wir appellieren daher an die Regierung der Republik Polen und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Arbeit des Polnisch-Deutschen Runden Tisches so bald wie möglich in einem neuen Format wieder aufzunehmen*, steht es in der VdG-Resolution, in der auch Bereiche erwähnt werden, in denen, aus der Sicht der deutschen Minderheit in Polen, dringender Handlungsbedarf besteht. Zu diesen gehören u. a. der Unterricht Deutsch als Minderheitensprache, eine langfristige institutionelle Unterstützung für die Organisationen der deutschen Minderheit in Polen, aber auch: *Durchführung breit angelegter Forschungsprojekte über die Deportation und Verfolgung von Menschen deutscher Herkunft auf dem Gebiet der Republik Polen in der Zeit nach 1945, Identifizierung der Opfer, der Hinrichtungsorte und der Grabstätten, um ihnen ein würdiges Gedenken zu ermöglichen.* Die Resolution enthält auch konkrete Forderungen, zu denen: *die Entwicklung von strategischen Lösungen für die nachhaltige Erhaltung der Identität, Kultur und Sprache der deutschen Minderheit in Polen, wie auch: Gespräche der polnischen und deutschen Regierung mit Vertretern der deutschen Minderheit in einem Format zu führen, das nicht auf dem völkerrechtlich verbotenen Grundsatz der so genannten Reziprozität aufgebaut ist*, gehören. Aber das ist noch nicht alles – die letzte Forderung lautet: *das erste Treffen des Runden Tisches noch im Jahr 2025 zu organisieren, damit bis zum 35. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages gemeinsame Regelungen ausgearbeitet werden können.* Bei der Umsetzung dieses Ziel soll auch Joanna Hassa, die Geschäftsführerin des VdG helfen, die zur Expertin in der Abteilung für Strukturen der lokalen Selbstverwaltung im Fachbereich öffentliche Verwaltung des Polnischen Innenministeriums ernannt wurde. Hassa wurde u. a. mit der Ausarbeitung eines Konzepts für den Deutsch-Polnischen Runden Tisch, der nach sechsjähriger Unterbrechung wieder einberufen werden soll, beauftragt.

Der vollständige Wortlaut beider Resolutionen, die die VdG-Delegierten am 31. Mai 2025 auf dem St. Annaberg angenommen haben, ist auf der Internetseite des Verbandes (vdg.pl) verfügbar. ■



Rafal Bartek, VdG-Präsident, während der Tagung am 31. Mai 2025 auf dem St. Annaberg

Quelle: VdG



Gemeinsam können wir mehr erreichen!

Marek Krzakała bei der Debatte „Ein neues Kapitel in den deutsch-polnischen Beziehungen“, die 2024 durch das Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit organisiert wurde. Krzakała war Guest der Debatte neben Dietmar Nietan, Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-polnische zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit. Von links: Dietmar Nietan, Marek Krzakała, Lucjan Dzumla (HDPZ-Chef)

Foto: Anita Pendziałek

Die deutsch-polnischen Beziehungen standen seit Anfang der politischen Karriere des Sejm-Abgeordneten Marek Krzakała immer im Mittelpunkt: *Gemeinsam können wir mehr erreichen. Das ist der Grund, warum ich der Meinung bin, dass wir das Potenzial unserer gutnachbarschaftlichen Beziehungen einfach nutzen sollten*, erklärt der Abgeordnete. Anita Pendziałek sprach mit dem engagierten Politiker über den Runden Tisch und andere deutsch-polnische Themen.

Anita Pendziałek: Sie sind Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, zugleich engagieren Sie sich seit Jahren für die deutsch-polnische Versöhnung und den Aufbau der bilateralen Beziehungen. Für Ihre Verdienste haben Sie das Große Verdienstkreuz erhalten. Die deutsch-polnischen Themen begleiten Sie auf Ihrem politischen Weg also offenbar von Anfang an?

Marek Krzakała: Ja. Mit den deutsch-polnischen Beziehungen beschäftigte ich mich aus Überzeugung, denn – Sie erwähnten schon die Versöhnung – es geht nicht nur um den Versöhn-

nungsprozess, der mit dem Brief der polnischen Bischöfe begann, bzw. mit dem Memorandum der Evangelischen Kirche im Jahr 1965. Es geht auch darum, dass wir gemeinsam sowohl in der NATO als auch in der Europäischen Union sind; dass wir den Weimarer Dreieck gebildet haben und weiterhin gestalten – all das zeigt: Gemeinsam können wir mehr erreichen. Das ist der Grund, warum ich der Meinung bin, dass wir das Potenzial unserer gutnachbarschaftlichen Beziehungen einfach nutzen sollten.

Stimmt es tatsächlich, dass Sie sich von Beginn Ihrer parlamentarischen Karriere an, mit deutsch-polnischen Themen beschäftigen?

Ja, ich bin schon lange im Parlament – seit dem Jahr 2007, also inzwischen 18 Jahre. Ich erinnere mich noch an das Jahr 2008, als ich Frau Professor Irena Lipowicz begegnete, die nach unserem ersten Gespräch meinte, dass sie mich unbedingt mit Professor Bartoszewski bekannt machen müsse. Und so kam es auch – ich wurde sehr schnell Teil eines Teams, das um Professor Bartoszewski arbeitete. Das war ein Wendepunkt und seitdem engagiere ich mich kontinuierlich für diese Beziehungen.

Auf die deutsch-polnischen Beziehungen kommen wir noch zurück. Ich möchte aber ein paar Fragen zum Deutsch-Polnischen Runden Tisch stellen. Dieser wurde 2010 ins Leben gerufen. Bevor wir zur aktuellen Lage kommen: Können Sie erklären, was das Ziel seiner Gründung war?

In erster Linie gab es zwischen der deutschen Minderheit und der breiter gefassten Polonia unterschiedliche Sichtweisen auf gemeinsame Themen. Beide Gruppen hatten ihre spezifischen Probleme. Man war sich einig, dass es neben dem Verbindenden auch notwendig ist, sich dem Trennenden zu widmen. Der Runde Tisch wurde gegründet, um gerade schwierige Themen zu besprechen und zu lösen. Es näherte sich das Jubiläum des Nachbarschaftsvertrages, und in diesem Kontext entstand die Idee, eine Plattform zu schaffen, auf der Differenzen offen angesprochen und laufende Probleme konstruktiv gelöst werden können. Diese Idee blieb bis heute – oder auch nicht, denn mit dem Regierungswechsel im Jahr 2015 wurden die deutsch-polnischen Beziehungen erneut instrumentalisiert. Und das sage ich mit Bedauern. Die Errungenschaften der Versöhnung, der Zusammenarbeit wurden ignoriert – man sprach wieder wie zu Zeiten Gomulkas davon, dass Deutschland der Feind sei. Das diente allein politischen Zwecken, und das war ein großer Verlust – für Polen und für Deutsche.

Der Runde Tisch ist also gegründet worden, um über schwierige Themen zu sprechen. Im Jahr 2015 wurde etwa die Frage des Polnischunterrichts in Deutschland und des Deutschunterrichts für die deutsche Minderheit in Polen zum Thema – das war problematisch, und seitdem hat der Runde Tisch, wenn ich mich nicht irre, nur ein einziges Mal bis heute getagt?

Der Runde Tisch wurde von der Vorgängerregierung vernachlässigt. Daran habe ich keinen Zweifel. Und es gibt viele aktuelle Probleme – nicht nur strategische, wie etwa die Frage des muttersprachlichen Polnischunterrichts in jedem Bundesland, wie es der Vertrag vorsieht, sondern auch den muttersprachlichen Deutschunterricht für die deutsche Minderheit in Polen. Es war absolut inakzeptabel, dass unter Minister Czarnek der Unterricht für Kinder und Jugendliche zum Spielball der Politik wurde. Kinder- und Jugendbildung sollte politikfrei sein – diese Stunden zu kürzen war skandalös. Gut, dass sie inzwischen wiedereingeführt worden sind. Kinder und Jugendliche dürfen nicht die Leidtragenden großer Politik sein.

Was wurde am Runden Tisch außerdem besprochen? Welche weiteren Vereinbarungen wurden getroffen? Ich erinnere mich, dass bei den Treffen konkrete Vereinbarungen ausgearbeitet wurden und

beide Seiten – Regierungs- und Minderheitenvertreter – regelmäßig den Stand der Umsetzung berichteteten...

Wir blicken da weit zurück – es sind inzwischen 15 Jahre vergangen seit dem ersten Treffen. Beide Seiten brachten ihre Forderungen ein, und Punkt für Punkt wurde sie besprochen und gelöst. Neben dem Sprachunterricht wurden auch geschichtliche Themen behandelt – es ging etwa um die Finanzierung und Renovierung des Polnischen Hauses in Bochum oder das Dokumentationszentrums in Gleiwitz. Damals, vor 15 Jahren, war es üblich, dass die Regierungen sich jährlich trafen und den Fortschritt diskutierten. Niemand sah darin einen ideologischen Kampf – es ging schlicht darum, den Erwartungen der deutschen Minderheit und der Polonia gerecht zu werden.

Im Juli vergangenen Jahres fanden internationale Regierungskonsultationen statt. In den Pressemitteilungen war zu lesen, dass der Runde Tisch nach sechsjähriger Pause wieder tagen soll.

Niemand, der sich mit den deutsch-polnischen Beziehungen beschäftigt, bezweifelt, dass der Runde Tisch wieder aktiv werden muss. Die Frage war nur: In welcher Form? Ob wie bisher? Oder ob ein neues Kommunikationsformat nötig sei? Ja, die Konsultationen fanden Anfang Juli statt. Gerade war eine deutsche Delegation der parlamentarischen Gruppe in Berlin, und als in Warschau die Konsultationen liefen, waren wir am Folgetag dort und kommentierten das „neue



Marek Krząkała

Foto: Anita Pendzialek

Kapitel" – denn das war es – ein Neustart. Auch zwischenstaatliche Konsultationen hatte es jahrelang nicht gegeben. Damals wurde auch klar: Der Runde Tisch muss zurückkehren. Die Situation ist dynamisch – vorgezogene Neuwahlen in Deutschland; die globale Lage; der Krieg in der Ukraine. Umso mehr müssen wir schnell im Weimarer Dreieck, in der EU und bilateral zusammenarbeiten. Es gibt viel zu tun.

Wie beurteilen Sie aktuell die deutsch-polnischen Beziehungen? Haben sie sich, Ihrer Meinung nach, in den letzten Jahren verbessert oder verschlechtert?

Nach dem Regierungswechsel im Oktober 2023 und der Bildung einer neuen Regierung wurde der regelmäßige Dialog wieder aufgenommen. Denn während der acht Jahre PiS-Regierung wurden die Beziehungen zu Deutschland, wie gesagt, rein instrumentalisiert – das war Teil des politischen Kampfes. Im Jahr 2015 war der Feind der Migrant, 2019 die LGBT-Community, und 2023 wurden Brüssel und Berlin zu Feinden der Souveränität erklärt. Jeden Tag wurde uns in der Kampagne eingetrichtert, dass die Bedrohung nicht aus Moskau, sondern aus Brüssel und Berlin komme. Die neue Regierung hat von Grund auf neu begonnen – mit gemeinsamen Regierungskonsultationen. Das sehe ich als Ausgangspunkt. Der fast 40-seitige Aktionsplan war ein starkes Signal. Es ging nicht mehr nur um Reparationsforderungen – ein Thema, das rechtlich längst abgeschlossen ist, aber durch die PiS ausgenutzt wurde, um politischen Profit zu schlagen. Dabei wurde der ganze Prozess der Annäherung unserer Völker ignoriert, und das seit 1965. Wenn ich der Vorgängerregierung etwas vorwerfe, dann dies: Dass sie diese Beziehungen aus parteitaktischen Gründen zerstören wollte. Heute müssen wir sie wieder aufbauen. Auf vielen Ebenen. Besonders unter dem Aspekt der Sicherheit, im Kontext des Ukraine-Krieges. Und wir brauchen Deutschland zurück als verlässlichen Partner im Osten. Die Ostpolitik der EU ist jetzt Sicherheitspolitik. Wir müssen verstehen, dass die Stärkung der Ostgrenzen die Sicherheit ganz Europas bedeutet. Die wahren Bedrohungen sitzen in Moskau und Minsk – nicht in Brüssel.

Deutschland und gute deutsch-polnische Beziehungen sind für Polen wichtig. Aber wie nimmt Ihrer Meinung nach die deutsche Seite Polen als Partner wahr?

Das hängt davon ab, wen man fragt. Das Deutsche Polen-Institut veröffentlicht jedes Jahr ein Barometer, welches zeigt, wie Deutsche Polen und wie Polen Deutschland wahrnehmen. Die Ergebnisse sind allgemein bekannt, und sie führen zu einer Schlussfolgerung: Unsere Beziehungen müssen auf vielen Ebenen gepflegt werden, nicht nur politisch und wirtschaftlich. Wirtschaftlich lief es immer gut – auch wenn Politiker sich gegenseitig kritisierten, blieb die Wirtschaft außen vor, zum Glück, denn unsere Wirtschaften sind eng miteinander verflochten. Am wichtigsten aber sind die gesellschaftlichen Beziehungen. Alle Organisationen, die sich für die deutsch-polnischen Beziehungen engagieren, brauchen neue Impulse – sowohl von der polnischen als auch von der neuen deutschen Regierung. Und dazu gehören natürlich auch finanzielle Mittel. Ehrenamtlich lässt sich diese Arbeit kaum leisten. Wo es geht, sollten wir zusammenarbeiten, beleben und zum Dialog zurückkehren. Denn wir sind Nachbarn, Partner in der EU, Partner in der NATO und Verbündete, die an demokratische Werte glauben. Lasst uns mit dem wichtigsten beginnen – mit der Sicherheit. Denn sie wird uns in den nächsten Jahren am meisten beschäftigen.

Danke für das Gespräch.

Auch ich danke herzlich und sende viele Grüße. ■

Gemeinsame Erklärung des Runden Tisches zu Fragen der Förderung der deutschen Minderheit in Polen und der polnischstämmigen Bürger und Polen in Deutschland nach dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17.6.1991

Warschau, den 12. Juni 2011

I. Im Rahmen der Vorbereitungen auf den 20. Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit fanden unter der Leitung des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium Dr. Christoph Bergner und des Staatssekretärs im polnischen Ministerium für Inneres und Verwaltung Tomasz Siemoniak Gespräche am Runden Tisch zu Fragen der Förderung der deutschen Minderheit in Polen und der polnischstämmigen Bürger und Polen in Deutschland statt. An diesen nahmen Vertreter der deutschen Bundesregierung und der Regierung der Republik Polen, Repräsentanten der deutschen Minderheit in Polen, vertreten durch den Vorsitzenden des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen Bernard Gaida, sowie Repräsentanten der polnischstämmigen deutschen Bürger und Polen in Deutschland, vertreten durch den Vorsitzenden des Konvents der Polnischen Organisationen in Deutschland Wiesław Lewicki und den Vorsitzenden des Bundes der Polen in Deutschland Marek Wójcicki teil. Ziel dieser Gespräche war es, eine Bestandsaufnahme über den aktuellen Stand der Umsetzung der diesbezüglichen Vertragsbestimmungen vorzunehmen und Maßnahmen zur Umsetzung der im Vertrag vereinbarten gleichen Rechte der deutschen Minderheit in der Republik Polen sowie der polnischstämmigen Bürger und Polen in der Bundesrepublik Deutschland zu erarbeiten. Im Ergebnis der bisherigen Gespräche erkennen die Vertreter der deutschen und der polnischen Regierung in beiden Gruppen – der deutschen Minderheit in Polen sowie der polnischstämmigen deutschen Bürger und Polen in Deutschland – Potentiale zur Vertiefung der zivilgesellschaftlichen Bindungen zwischen Deutschland und Polen, die im Sinne des Freundschafts- und Nachbarschaftsvertrages genutzt und entwickelt werden sollen. Die polnischstämmigen deutschen Bürger und Polen in Deutschland sowie die Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen tragen dabei als Brückebauer zur gegenseitigen Verständigung und Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern bei. Mit ihren Leistungen in allen Lebensbereichen wie Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft bereichern sie die Gesellschaften beider Länder.

II. Um diese Potentiale der Verständigung besser nutzen zu können, sollen entsprechend den Bestimmungen der Artikel 20 und 21 des deutsch-polnischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991 entsprechende Möglichkeiten geschaffen werden, damit die polnischstämmigen deutschen Bürger und Polen in Deutschland wie auch die Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen ihre Identität in ihren jeweiligen Ländern entfalten können. Dies erfordert die besondere Aufmerksamkeit der deutschen und der polnischen Regierung sowie der staatlichen Institutionen in beiden Ländern.

1. Zur Unterstützung der polnischstämmigen deutschen Bürger und Polen in Deutschland werden von der deutschen Seite folgende Maßnahmen ergriffen:

- Die Teilnehmer des Runden Tisches begrüßen die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 10. Juni 2011 zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, in der die deutsch-polnischen Beziehungen in ihrer Gesamtheit gewürdigt werden und der Wunsch ausgesprochen wird, die Angehörigen der damaligen polnischen Minderheit in Deutschland und ihrer Organisationen, insbesondere des Bundes der Polen in Deutschland (Rodło), die von den Nationalsozialisten verfolgt und ermordet wurden, zu ehren und zu rehabilitieren.
- Im Rahmen des Gedenkens und Erinnerns an die Schrecken

des Zweiten Weltkrieges wird die deutsche Seite sich dafür einsetzen, dass eine breitere Einbindung polnischer Vertreter in Beratungsgremien der Gedenkstätten nationalsozialistischer Gewaltherrschaft ermöglicht wird.

- In der Gedenkstätte "Topographie des Terrors" in Berlin wird Polen im Rahmen der Dauerausstellung besonders gewürdigt. Zudem wird ein Verzeichnis der entsprechenden Gedenkstätten in Deutschland vorgelegt.
- In Deutschland wird eine Dokumentationsstelle zur Kultur und Geschichte der Polen in Deutschland eingerichtet werden. Die Bundesregierung hat die Absicht, die Einrichtung und den Erhalt einer solchen Dokumentationsstelle zu fördern. Dazu wird aus Bundesmitteln noch im Haushalt 2011 eine Machbarkeitsstudie finanziert, mit der festgestellt wird, in welcher Form und mit welchen institutionellen und finanziellen Kooperationen diese Dokumentationsstelle im Haus des Bundes der Polen in Deutschland (Rodło) in Böchum eingerichtet werden kann.
- 2012 wird in Berlin mit Hilfe von Finanzmitteln der deutschen Seite eine Geschäftsstelle eingerichtet, die die Belange aller polnischen Organisationen in Deutschland vertritt. Dafür werden Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Die Finanzmittel sind für Personal- und Organisationskosten der Geschäftsstelle bestimmt. Der Konvent der polnischen Organisationen in Deutschland schlägt vor, durch wen und nach welchem Konzept die Geschäftsstelle betrieben wird.
- Die Bundesregierung wird die Schaffung eines Internetportals für alle polnischen Organisationen in Deutschland finanziell unterstützen. Dieses Portal wird im Rahmen der Tätigkeit der Geschäftsstelle in Berlin betrieben. Der Konvent der Polnischen Organisationen in Deutschland schlägt das Konzept für das Portal vor.
- Der Runde Tisch begrüßt die Einrichtung des deutsch-polnischen Ausschusses für Bildungszusammenarbeit unter dem Dach der deutsch-polnischen Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit. Die deutsche Seite in diesem Ausschuss, der Vertreter der Länder und der Bundesregierung umfasst, erarbeitet auch mit Unterstützung des Runden Tisches und unter Beteiligung polnischer Organisationen in Deutschland möglichst kurzfristig eine Strategie zum Spracherwerb für Polnisch als Muttersprache.
- Die finanzielle Förderung von Projekten zur polnischen Kultur und Geschichte in Deutschland wird fortgesetzt.
- Die deutsche Seite wird dahingehend wirken, dass beauftragte Vertreter auf Bundes- und Landesebene ernannt werden, die für die Zusammenarbeit mit polnischstämmigen deutschen Bürgern und Polen in Deutschland sowie mit deren Organisationen zuständig sein werden.

2. Zur Unterstützung der deutschen Minderheit in Polen werden von der polnischen Seite folgende Maßnahmen ergriffen:

- Durchführung einer wissenschaftlichen Analyse der undemokratischen Praktiken der Volksrepublik Polen gegenüber polnischen Bürgern deutscher Nationalität sowie Staatenlosen dieser Nationalität während der kommunistischen Herrschaft. Die Ergebnisse der Analyse werden veröffentlicht.
- Einrichtung einer Stelle im Rahmen der Organisationen der deutschen Minderheit, die auf wissenschaftlicher Basis Forschungen zur deutschen Minderheit, deren Geschichte und kulturellem Erbe in die Wege leiten und koordinieren könnte. Eine Machbarkeitsstudie würde die organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten dieses Vorhabens definieren.
- Einsetzung von Beauftragten für die Angelegenheiten nationaler und ethnischer Minderheiten in den Woiwodschaften (in denen noch keine solchen Beauftragten existieren), in deren Aufgabengebiet auch die Angelegenheiten der deutschen Minderheit in Polen fallen.
- Stärkere Schwerpunktsetzung auf Zuschüsse, die als institutionelle Förderung Organisationen der deutschen Minderheit in Polen zugesprochen werden, insbesondere Schwerpunktsetzung auf Förderung der Tätigkeit des Hauses der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz (Gliwice).
- Von den zuständigen staatlichen Stellen durchgeföhrte Überprüfung der bereits seit einigen Jahren in Polen angewandten Strategie für eine Entwicklung des Bildungswesens der deutschen Minderheit, unter Beteiligung von Ver-

tretern der deutschen Minderheit in Polen, sowie Durchführung einer Vertiefung und Aktualisierung der Strategie

- Unterstützung bei der musealen Präsentation und archivarisches Sicherung von die deutsche Minderheit in Polen betreffenden Dokumenten.

III. Umsetzung von gemeinsamen Anliegen

Die in Berlin vorgesehene Geschäftsstelle für polnischstämmige deutsche Bürger und Polen in Deutschland, sowie das Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz sollen eine Brücke zwischen beiden Ländern bilden und so nachhaltig zur deutsch-polnischen Verständigung beitragen. Im Rahmen der weiteren Zusammenarbeit sollen gemeinsame identitätsstärkende Projekte für beide Gruppen gefördert werden. Ein Projekt zur Entwicklung der deutsch-polnischen Zweisprachigkeit, das von deutscher und polnischer Seite gemeinsam finanziert werden wird, kann ein Beispiel hierfür sein. Durch die Erarbeitung weiterer deutsch-polnischer Gemeinschaftsprojekte soll die Zusammenarbeit bei der staatlichen Förderung und Betreuung beider Bevölkerungsgruppen vertieft werden.

IV. Beide Seiten drückten ihren festen Willen zur Fortsetzung der Gespräche am Runden Tisch nach den Feierlichkeiten zum zwanzigsten Jahrestag der Unterzeichnung des Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrages aus, um offen gebliebene Fragen zu erörtern mit dem Ziel, gemeinsame Vereinbarungen zu treffen. Die polnische Seite hat dabei Interesse, insbesondere diese Themenbereiche anzusprechen:

- Schaffung einer stabilen Förderstruktur für die polnischen Organisationen in Deutschland.
- Zugang zu den Medien in Deutschland.
- Einrichtung eines Ortes des Gedenkens in Berlin an alle polnischen Opfer nationalsozialistischer Verfolgung.
- Rechtsstatus derjenigen polnischstämmigen deutschen Bürger, die Nachkommen von Angehörigen der polnischen Minderheit aus der Zeit vor 1940 sind.
- Rechtslage bezüglich des im Zweiten Weltkrieg von Behörden des Dritten Reiches rechtswidrig beschlagnahmten Vermögens der ehemaligen polnischen Minderheit in Deutschland.

Die deutsche Seite hat ihr Interesse ausgedrückt, insbesondere die folgenden Themenbereiche anzusprechen:

- Weiterbildung von Lehrkräften bezüglich des Deutschunterrichts sowie Vorbereitung von Lehrkräften auf die Aufnahme von zweisprachigem Unterricht.
- Erweiterung des Lehrprozesses um Geschichte und Geographie der Region und des Staates, mit dessen Kulturräum sich die deutsche Minderheit identifiziert.
- Errichtung bilingualer Bildungseinrichtungen in Siedlungsgebieten der deutschen Minderheit in Polen.
- Initiativen zur Steigerung der gesellschaftlichen Akzeptanz für die deutsche Minderheit in Polen.
- Unterstützung der deutschen Minderheit in Polen bei ihren Bemühungen um den Erhalt einer eigenen Rundfunksendefrequenz sowie finanzielle Unterstützung dieses Vorhabens im Rahmen der geltenden Verfahrensweisen und Vorschriften.

V. Die Teilnehmer des Runden Tisches betonten die Bedeutung des deutsch-polnischen Dialogs zur Umsetzung der Rechte der deutschen Minderheit in Polen und der polnischstämmigen deutschen Bürger und Polen in Deutschland, die im deutsch-polnischen Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vereinbart wurden. Sie stimmten auch in der Beurteilung überein, dass es in den letzten Monaten zu einem bedeutenden Fortschritt bei den Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der polnischstämmigen deutschen Bürger und Polen in Deutschland und der deutschen Minderheit in Polen gekommen ist. Die deutsch-polnischen Gespräche am Runden Tisch sollen auch nach dem Jubiläum im bisherigen Format abwechselnd in den beiden Ländern nicht seltener als einmal im Jahr fortgesetzt werden. ■

Quelle: aussiedlerbeauftragter.de

Max Sabass

Deutscher Industrieller und Politiker

TEIL II

Dr. Stefan Pioskowik

Mit der fortschreitenden Industrialisierung und der damit einhergehenden Verstädterung des Gebietes der heutigen Stadt Kattowitz und der angrenzenden Ortschaften entstanden Familien, die heute zweifelsohne Teil ihrer Geschichte sind. Es begann zwischen ihnen zu Familienbeziehungen zu kommen, die, wenn man sie erforscht, in die komplexen Ereignisse unserer oberschlesischen Heimat und darüber hinaus führen.

Eine Fortsetzung des Artikels, dessen erster Teil in der letzten Ausgabe der „Oberschlesischen Stimme“ (Nr. 4, April 2025) erschienen ist.

Im Januar 1945 verließ Sabass Sosnowiec und gelangte nach Bad Dürrenberg in Sachsen-Anhalt. Ein Zufall war es eher nicht. Vielleicht sollte es nur eine Zwischenstation auf dem Weg nach Westen sein, aber Max Sabass verstarb hier am 13. April 1946, was in seiner Geburtsurkunde vermerkt wurde.

Am wenigsten weiß man über seinen Sohn Ulrich. Im Juni 1925 bestand er die Reifeprüfung am Minderheitsgymnasium in Kattowitz (poln. Katowice). 1938 war der Diplomingenieur Ulrich Sabass Betriebsassistent der Friedrich Krupp AG und zwar bei der Friedrich-Alfred-Hütte in Duisburg-Rheinhausen. Am 6. März 1941 in Sosnowiec heiratete Ulrich Sabass, wohnhaft hier in der Oderbergerstraße 1 (ul. Kołłątaja), die am 26. Dezember 1920 in Herne geborene Gerda Majowski, katholischer Konfession, wohnhaft in der Schlossstraße 2 (ul. Zamkowa). Sie war die Tochter des am 27. September 1878 in Opatowitz im Kreis Tarnowitz (poln. Opatowice, Tarnowskie Góry) geborenen Silvester Majowski, zur Zeit Reichsbahninspektor in Łazy im Kreis Zawiercie und seiner Ehefrau Christina, geborene Arimont, die am 27. März 1892 in Lommersweiler bei Malmedy das Licht der Welt erblickte. Die Eltern heirateten am 1. August 1914 in Herne. Die Trauzeugen waren der Diplom-Bergingenieur Dr. Werner Sogalla, wohnhaft in Dąbrowa Górnica, 38 Jahre alt, und der Diplom-Bergingenieur Hans Waskönig aus Beuthen (poln. Bytom), 34 Jahre alt. Am 24. April 1941 wurde Ulrich Sabass durch Max Sabass als Beauftragter zur Vertretung der beschlagnahmten und jetzt deutschen Firma „Jurma“ (poln. Zakłady Elektro-Mechaniczne, właśc. inż. Antoni Jurzyński) in Sosnowiec berechtigt. 1957 war Ulrich Sabass bei der August Thyssen-Hütte in Duisburg-Hamborn in der Betriebswirtschaft angestellt.

Wesentlich mehr weiß man über den ältesten Sohn Wilmar. Von 1909 bis 1913 war er Schüler der Volksschule IX in Königshütte (poln. Chorzów). Im Januar 1922 beendete er den Besuch des Königshütter Gymnasiums mit Abitur. Anschließend studierte er an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg und wurde im August 1927 Diplomingenieur. Von 1922 bis 1926 war er AStA --Vorsitzender. Im Juli 1927 wurde er in Breslau wieder deutsch naturalisiert. Dies führte zu Interpretationsschwierig-

keiten bezüglich seines Militärdienstes in Polen. Das Oberste Verwaltungsgericht in Warschau (poln. Warszawa) entschied im Dezember 1932, dass er dennoch in der polnischen Armee dienen sollte. Im November 1930 wurde er in Berlin zum Bergassessor ernannt. In dieser Zeit war er wohl schon mit der am 2. Januar 1900 in Bytča (deutsch Großbitsch) in der Slowakei geborenen Viola Holczman verheiratet. Sie war die Tochter von Dr. Ludwig Holczman, dem Direktor der Variner Asphalt-Gewerkschaft. Von 1930 bis August 1939 gehörte er der Geschäftsführung des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins e.V. in Gleiwitz an. Am 4. September 1939 kam er mit dem Stab des Chefs der Zivilverwaltung nach Kattowitz um als Leiter der Oberbergwerksdirektion der Interessengemeinschaft für Bergbau- und Hüttenbetrieb AG in Kattowitz sowie als Beauftragter des Reichstreuhanders für die Erzgruben des Bezirks Tschenstochau (poln. Częstochowa) eingesetzt zu werden. Am 1. Juni 1940 wurde er zum Bergwerksdirektor der Bergwerksverwaltung Oberschlesien GmbH der Reichswerke „Hermann Göring“, Hauptverwaltung Kattowitz, Ludendorffstraße 10 (Aleja Korfantego) bestellt und leitete als Beauftragter des kommissarischen Verwalters die Erzgruben der Interessengemeinschaft für Berg- und Hüttenbetrieb AG, sowie diejenigen des Bezirks von Tschenstochau. Seit Oktober 1942 Herabsetzung in der beruflichen Hierarchie. Anfang Dezember 1941 heiratete wohl in München der in Kattowitz in der Ludendorffstraße 15 wohnende Wilmar Sabass die Doris Christmann. 1942 wurde der Sohn Jürgen und 1944 der Sohn Michael geboren. Insgesamt hatte Wilmar Sabass vier Kinder. Im April 1945 war er in Prag. Von 1945 bis 1946 war Wilmar Sabass Bergbau Sachverständiger in München, 1946-1947 deutscher Verbindungsmann bei North German Coal Control in Gelsenkirchen-Buer. 1948-1950 war er Abteilungsleiter bei der Versorgungszentrale des Deutschen Bergbaus in Essen-Heisingen. Ab 1950 Leiter der Geschäftsstelle Bonn der deutschen Kohlenbergbau-Leitung. 1952 Stadtverordneter in Bonn. 1953 zweiter Vorsitzender der CDU Bonn-Stadt. In den Jahren 1953-1957 Abgeordneter der CDU im Bundestag. Er arbeitete in verschiedenen Ausschüssen, u. a. seit Januar 1956 im Ausschuss für Atomfragen. Von Mai 1955



Wilmar Sabass um 1941

Quelle: sbc.org.pl

bis Oktober 1957 gehörte er der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl an, seit 1962 als Europaparlament bekannt. Wilmar Sabass starb am 15. April 1980. Sein Sterbeort ist nicht bekannt. Doris Sabass verstarb am 25. November 1959 in Gauting bei München.

Am 6. Mai 1929 heiratete in Kattowitz der am 18. November 1902 in Kattowitz geborene Diplomingenieur Werner Sogalla, wohnhaft in Obernkirchen in der Grafschaft Schaumburg, katholischer Konfession, die in Kattowitz in der ul. Zamkowa 17 (Schloßstrasse) wohnende Irene Sabass. Trauzeugen waren Max Sabass und der am 25. Oktober 1881 in Kattowitz geborene Prokurist der im Oktober 1925 in Kattowitz gegründeten, in Rybnik tätigen, Steinkohlengewerkschaft Charlotte, Karl Urner, katholischer Konfession, wohnhaft in Kattowitz in der ul. Rybnicka 7. Karl Urner war verheiratet mit Magdalene Sabass. In ihrer Kattowitz Wohnung verstarb am 29. Mai 1934 Hildegard Sabass. Der Direktor Karl Urner und seine Gattin wurden in der Berufung von Pfarrer Dr. Emil Szramek vom 10. Februar 1940 an den Reichskirchenminister und den Chef der Gestapo in Berlin gegen seine am 6. Februar 1940 angeordnete Ausweisung Richtung Polen als Entlastungszeugen angegeben. Werner Sogalla bestand seine Reifeprüfung am Kattowitz Gymnasium zu Ostern 1921. Nach halbjähriger prakti-

scher Tätigkeit im oberschlesischen und im niederschlesischen Steinkohlenbezirk, studierte er zunächst an der Technischen Hochschule in München, danach an der Technischen Hochschule in Berlin höheres Bergfach, wo er im Januar 1926 das Diplomexamen bestand. Die Ferien benutzte er zu seiner weiteren praktischen Ausbildung. Von April 1926 bis Juli 1927 war er als Betriebsassistent an der Bergwerksdirektion Hindenburg (poln. Zabrze) der Preußischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, von da bis 1935 am Gesamtbergamt Oberkirchen als Wirtschaftsingenieur beschäftigt. In der Zwischenzeit promovierte er im Dezember 1927 an der Technischen Hochschule in Breslau mit der Dissertation „Über die Grenzen der Anwendbarkeit und die Auswertung von Zeitstudien im oberschlesischen Steinkohlenbergbau“ und im Mai 1933 wurde er Mitglied der NSDAP. Von 1935 bis 1937 als Betriebsdirektor bei der Gewerkschaft Deutschland in Oelsnitz im Erzgebirge angestellt – mit Zustimmung durch den damaligen Vorsitzenden des Aufsichtsrats, dem Leipziger Oberbürgermeister Dr. Carl Goerdeler (1884-1945). Nach Goerdelers Ausscheiden von allen Funktionen, wurde Sogalla fristlos entlassen. Erst auf besondere Empfehlung Goerdelers erhielt er eine Anstellung im Saargebiet. Vom September 1937 bis 1940 war er Betriebsdirektor bei der Saargruben AG Bergwerksdirektion Sulzbach. Seit August 1940 wurde der Bergwerksdirektor Werner Sogalla durch Max Sabass als Beauftragter zur Vertretung der jetzt unter der deutschen Bezeichnung geführten Firma „Französisch-Italienische Aktiengesellschaft der Dombrowaer Steinkohlengruben“ in Dąbrowa Górnica berechtigt, wo Werner Sogalla auch wohnte. Am 24. August 1942 Geburt der Tochter Brigitte Sogalla in Gleiwitz (poln. Gliwice). Von 1942 bis wahrscheinlich Januar 1945 Leitung als Werksdirektor des Bergwerks „Paryż“ in Dąbrowa Górnica. Später, im Jahr 1945, Leitung als Werksdirektor der Saline in Bad Dürrenberg. Nach Mai 1945 beantragte er seine Entnazifizierung vor dem Ausschuss der antifaschistisch-demokratischen Parteien in Bad Dürrenberg, die im Februar 1946 genehmigt und einen Monat später bestätigt wurde. Von 1946 bis 1947 Leitung als Werksdirektor mehrerer Betriebe des Erz- und Steinkohlenbergbaus im Rahmen der Thüringer Rohstoff AG in Weimar. Im Oktober 1947 wohnte Werner Sogalla mit seiner Familie in Greven. Danach war er weiterhin in der Industrie angestellt und wohnte in Baesweiler im Kreis Aachen.

Werner Sogalla war Sohn des angesehenen Kattowitz Arztes Bruno Sogalla. Dieser wurde am 14. Juli 1865 in Klein-Dombrowka (poln. Dąbrówka Mała) bei Kattowitz geboren. Er war Sohn des Berg- und Hütenschmiedemeisters Aleksander Sogalla und seiner Ehefrau Josefine, geborene Hudziok, beide katholischer Konfession. Um 1890 bis zumindest 1892 wohnten die Eltern in Burowietz (poln. Burowiec) zwischen Klein-Dombrowka und Schoppinitz (poln. Szopienice). Alex-

ander Sogalla war Mitglied des ersten Kirchenvorstandes der Parochie Bogutschütz (poln. Boguszyce) im Jahr 1876. Zu Ostern 1885 bestand Bruno Sogalla die Abiturprüfung am Gymnasium in Beuthen (poln. Bytm), seine Eltern wohnten noch in Klein-Dombrowka. Anschließend studierte er Medizin an den Universitäten in Breslau (poln. Wrocław), Halle, und Würzburg, wo er 1889 auch mit seiner Dissertation „Beiträge zur mechanischen Analyse der Muskelzuckungskurven“ promoviert. Anfang März 1890 legte er in Würzburg das Staatsexamen ab und begann vom 1. April 1890 als Assistenzarzt am St. Joseph-Krankenhaus in Potsdam zu arbeiten. Im Oktober 1890 Verlobung mit Elly (Elisabeth) Hahn aus Ziegenhals (poln. Głucholazy). Im Mai 1891, noch in Potsdam wohnend, bat er in einer Anzeige seine Cartellbrüder um gütigen Nachweis eines günstigen Niederlassungsortes für einen Arzt, der auch Polnisch spricht. Ein passender Ort, obwohl mit einer Zwischenstation, wurde ihm schnell gefunden. Ende Juli 1891 war Dr. Sogalla Arzt in Groß Strehlitz (poln. Strzelce Opolskie). Seit Mitte September 1891 arbeitete er als Knappschaftsarzt in Brzezinka mit damals 2929 Einwohnern, heute ein Stadtteil von Myslowitz (poln. Mysłowice). Ein besonderes Arbeitsgebiet fand er dort auch in der Betreuung der Przemsaschiffer. Er wohnte im Gasthof zum Prinzen Eitel von Isidor Wachsner. Das Gebäude gibt es bis heute. Am 17. Oktober 1892 heiratete in Ziegenhals Bruno Sogalla die am 21. März 1870 in Ziegenhals geborene Elisabeth Hahn. Sie war die Tochter des Sanitätsrats Dr. Anton Hahn und seiner Ehefrau Maria, geborene Ernst, beide katholisch. Trauzeugen waren der 73-jährige Apotheker Aegidius Ernst aus Neisse (poln. Nysa) und der 67-jährige Alexander Sogalla. Am 30. Juli 1893 wurde in Brzezinka der Sohn Xaver Sogalla geboren. Im Herbst 1896 begann Dr. Sogalla als 1. Arzt im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Kattowitz-Bogutschütz zu arbeiten. Er wohnte damals in Kattowitz in der Friedrichstrasse 44 (ul. Warszawska). Am 11. Juli 1897 wurde in Kattowitz der Sohn Wolfgang Sogalla geboren. Im August 1914 bestand dieser das Abitur am Kattowitzer Gymnasium und ging danach an die Front. Leutnant Wolfgang Sogalla diente im Feldartillerie-Regiment von Clausewitz (1. Oberschles.) Nr. 21 und ist am 29. Oktober 1917 in Italien gefallen. 1898 bestand Dr. Sogalla die Amtsarztprüfung mit einer für seine Patienten wichtigen Arbeit: „Bleierkrankungen der Zinkhüttenarbeiter und die Maßnahmen zu ihrer Verhütung“. Bald wurde er auch zum Bahnarzt bei der Eisenbahndirektion Kattowitz berufen. 1900 verfügte das Krankenhaus in Bogutschütz über 120 Betten, darunter 10 für Kinder. Verpflegungspreis betrug vier und zwei Mark täglich, meist unentgeltlich. 1898 wurden 1.457 Kranke durchschnittlich 24 Tage verpflegt, 86 sind gestorben. Das Personal bestand aus dem leitenden Arzt Dr. Sogalla und einem Assistenzarzt, sowie 20 barmherzigen Brüder aus Breslau. Später wohnte Dr. Sogalla in der Friedrichstraße 28A fast vis-à-vis der Ma-

rienkirche. Er war von 1904 bis 1909 Stadtrat der Stadt Kattowitz (Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Kultur) und von da ab ehrenamtliches Mitglied des Magistrats sowie Mitglied des Kirchenvorstands der St. Marienkirche. Im Oktober 1914 traf auf dem Weg zur Front der jüngste Kaisersohn, Prinz Joachim von Preußen, für ein paar Stunden in Kattowitz ein. Auf dem Bahnhof nahm er von der Tochter des Dr. Sogalla einen Blumenstrauß entgegen. Liselotte Sogalla wurde am 19. November 1906 geboren und ist am 26. Dezember 1938 gestorben. In der Kriegszeit wurde das Krankenhaus zum Reservelazarett umgewandelt. Während des Krieges übernahm er auch noch die Vertretung des zum Heer eingezogenen Chefärztes des Kattowitz Lazarett und hat das fast vier Jahre geführt. Ende März 1918 bei der Behandlung eines kranken Arbeiters aus Sosnowiec hat er sich eine Infektion zugezogen, an deren Folgen er schwer erkrankte. Weil der Verdacht von Flecktyphus vorlag, wurde er nebst seiner Familie ins Isolierhaus des Bogutschützer Krankenhauses gebracht.

Dr. Bruno Sogalla verstarb in seinem Krankenhaus in Bogutschütz am 1. April 1918. Die Beisetzung erfolgte in aller Stille am 3. April 1918 nur im Beisein der Familie und des Kreisarztes Dr. Kurt Halbey sowie des Pfarrers der Marienkirche Dr. Teodor Kubina auf dem Seuchenfriedhof in Bogutschütz. Erst am 30. Januar 1919 wurde der Sarg feierlich nach dem alten katholischen Friedhof überführt. Noch 1919 wurde die Hammerschmidtstraße in Bogutschütz in Sogallastraße umbenannt, heute heißt sie ul. Brunona Żogały. Elisabeth Sogalla wohnte 1929 in Berlin-Lichterfelde. Am 5. Juni 1921 wurde von den Aufständischen in der Nähe des Friedhofes geschossen. Zwei Schüsse gingen über den evangelischen Friedhof auf den katholischen Friedhof zu und schlugen in das Denkmal des verstorbenen Sanitätsrats Dr. Bruno Sogalla ein. Das Denkmal ging in Trümmern. Xaver Sogalla studierte Naturwissenschaften an der Universität in München und war seit 1915 als Leutnant im Felde. Am 15. Juni 1920 wurde er beurlaubt aus dem Oberbergamtsbezirk Breslau als Kohlenhandelsbevollmächtigter der Preußischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft in Berlin.

1923 wohnte er in Berlin-Lichterfelde und wurde Geschäftsführer der Berliner Koks-Vereinigung GmbH. 1925 bei der Vereinigten Berliner Kohlenhändler Aktiengesellschaft. 1936 Bergassessor a.D. in Berlin. Im Februar 1939 einer der Geschäftsführer der Niedersächsischen Kohlenhandelsgesellschaft GmbH. Im Mai 1940 in der Leitung der Oberschlesischen Kohlen & Koks GmbH in Danzig-Langfuhr (poln. Gdańsk-Wrzescz). 1941 aktiv in Bromberg (poln. Bydgoszcz) und im August 1942 im litauischen Kaunas als einer der Geschäftsführer der Luise-Kohle GmbH. Xaver Sogalla verstarb am 18. März 1957 in Hamburg. ■

Endlich neues Leben für die alte Husarenkaserne in Ratibor



Die Husarenkaserne Ende März 2025, kurz vor Beginn der Bauarbeiten

Foto: Mateusz Ułański

Unweit des Piastenschlosses in Ratibor (poln. Racibórz) wurde in den Jahren 1868 bis 1877 ein prächtiges neogotisches Ziegelgebäude errichtet – die Husarenkaserne. In dem viergeschossigen Wohngebäude war das Husaren-Regiment „Graf Goetzen Nr. 6“ stationiert. Das Kasernengebäude gehört heute allein dem Deutschen Freundschaftskreis im Bezirk Schlesien. Die Gesellschaft erwarb es Anfang der 1990er-Jahre von der Stadt Ratibor zum symbolischen Preis. Schon damals war die alte Husarenkaserne stark beschädigt, aber die deutsche Minderheit hoffte Fördermittel für die Renovierung zu bekommen. Über viele Jahre hinweg tauchte das Thema der Kaserne immer wieder auf – leider meist in negativem Licht. Das Gebäude wurde oft als „hässliche Visitenkarte“ der Deutschen in Ratibor dargestellt und war häufig Gegenstand von Kritik an den DFK Schlesien. Aber das ist nun vorbei. Die Kaserne wird bald wieder in neuem Glanz erstrahlen. Einzelheiten verrät Martin Lippa, Vorstandsvorsitzender des DFK Schlesien.

Anita Pendzialek: Die Husarenkaserne ist ein Thema, das schon seit einiger Zeit auf der Tagesordnung sowohl des Bezirksvorstandes als auch der Delegiertenversammlung des DFK Schlesien steht. In der Zamkowa-Straße in Ratibor, wo das Gebäude steht, tut sich jetzt was. Wird es weiterhin ein Ort sein, der mit dem DFK Schlesien verbunden ist?

Martin Lippa: Die Kaserne ist ein breiteres Thema. Die deutsche Minderheit hat das Gebäude Anfang der 1990er-Jahre von der Stadt Ratibor erworben. Eigentlich seit Anfang an – seit ich

mich erinnern kann und ich nahm an als Vertreter der Jugendorganisation an den Sitzungen des DFK-Vorstandes, zuerst der Woiwodschaft Kattowitz, dann der Woiwodschaft Schlesien, teil – kam das Thema der Kaserne sehr oft zur Sprache. Es wurde diskutiert, Konzepte wurden erstellt, Vorschläge gemacht, um dieses Gebäude zu retten. Wegen der Kubatur des Gebäudes, seiner fortschreitenden Zerstörung und den damit verbundenen Renovierungskosten war es immer unmöglich eine Vision zu entwickeln, die es ermöglichen würde ein für alle Mal festzulegen, wie das Gebäude genutzt, entwickelt und

verwendet werden kann, und vor allem – eine Finanzierung für seine Renovierung zu erhalten. Über all die Jahre kam es dort zu einem zunehmenden Verfall – das Dach und die Decken stürzte ein und es kam zu verschiedenen Diebstählen. Schließlich wurde das Gebäude gesichert und die Eingänge wurden zugemauert. Und man wusste nicht, was man mit diesem Gebäude machen sollte. Seit ich den Vorsitz im Vorstand übernommen habe – was auch schon einige Zeit her ist – gab es verschiedene Versuche etwas mit dem Gebäude zu machen. Es gab auch Vorschläge es weiterzuverkaufen, worüber wir mehrmals nachgedacht haben. Doch die potenziellen Käufer haben immer betont, dass sie es zwar kaufen wollen, aber nur für das Grundstück, während sie das Gebäude selbst abreißen wollen.

Die Husarenkaserne wird jetzt renoviert. Das heißt, dass der DFK Schlesien letztendlich jemanden gefunden hat, der einen anderen Vorschlag hatte...

Genau. Wir wollten nicht, dass dieses doch historische, prächtige Gebäude abgerissen wird; dass es aus der Landschaft von Ratibor verschwindet. Das war schwer zu akzeptieren. Wir haben daher diesen Kaufvorschlägen nicht zugestimmt, wurde auch manchmal intern kritisiert wurde. Wir führten zahlreiche Gespräche, auch mit dem Denkmalschutzbeauftragten der Woiwodschaft, doch die Höhe der für die Renovierung des Gebäudes erforderlichen Kosten machte jedes Mal einen möglichen Versuch einer eigenständigen Renovierung zunichte. Ich habe jedoch immer gehofft jemand zu finden, der bereit wäre dieses Gebäude zu retten, auch wenn das bedeuten würde, es ihm unentgeltlich zu überlassen.

Und schließlich hat es geklappt...

Vor etwa drei Jahren wandten sich Vertreter lokaler Unternehmen aus der Umgebung von Ratibor an uns mit dem Vorschlag,

dass sie ein Konsortium gründen möchten, dessen Ziel die Renovierung dieses Gebäudes sein sollte. So führten wir Gespräche und Verhandlungen. Derzeit sieht es so aus, dass die Kaserne tatsächlich renoviert wird. Vor einem Jahr haben wir das Gebäude vermietet und auf der Grundlage des Mietvertrags beantragte das Unternehmen eine Förderung durch das Marschallamt der Wojewodschaft Schlesien und erhielt diese auch, sodass die Arbeiten an diesem Gebäude nun bereits begonnen haben. Wir als deutsche Minderheit bringen dieses Gebäude gewissermaßen als Sacheinlage ein, und auf der Grundlage des mit dem Konsortium geschlossenen Vertrags können wir im Gegenzug 30 Jahre lang kostenlos die Hälfte eines Stockwerks – die Hälfte des Erdgeschosses – nutzen. Das Gebäude selbst wird nach der Renovierung zu einem Hotel-, Gastronomie- und Konferenzkomplex umgebaut. Kostenlos bedeutet für uns, dass wir keine Kosten tragen müssen – weder für die Miete noch für den Betrieb. Ich halte dies für eine gute Lösung. Wir werden dort den Sitz unserer Organisation verlegen können. Derzeit befinden wir uns in der Phase der Aushandlung der Details des endgültigen Vertrags.

Das Gebäude wird bereits renoviert und wird nicht mehr „erschrecken“ – wie es jahrelang gesagt und geschrieben wurde. Ist der Umzug des Bezirksbüros des DFK Schlesien von der Wczasowa-Straße in die Zamkowa-Straße in Ratibor sicher? Wann wird er stattfinden?

Ich bin mir da fast sicher, denn, wie gesagt, der Zuschuss wurde gewährt und die Arbeiten am Gebäude haben bereits begonnen. Die Übergabe ist für Ende 2027 geplant. Ich denke auch, dass unser Umzug zu diesem Zeitpunkt stattfinden wird.

Ich danke Ihnen vielmals für das Gespräch.

Ich bedanke mich auch. ■



Die Sanierung der Kaserne soll 2027 beendet werden

Foto: Mateusz Ułański

Dieses Internetradio ist einmalig!

mittendrin.pl

Internetradio Region – Dieser Kanal ist mit der Tätigkeit der deutschen Minderheit in Polen streng verbunden. Die wichtigste Aufgabe ist über die aktuellen Ereignisse aus dem sozial-kulturellen und politischen Bereich der Deutschen in Polen zu berichten. Das Rahmenprogramm:

Schlesien Aktuell	Publizistisches Magazin der deutschen Minderheit	Produktion: Medienabteilung des VdG, Oppeln; Sender: Radio Opole	Dienstag, 11:00 und 21:00
Abgekanzelt	Magazin mit dem Schwerpunkt Religion und Glaube	Produktion: Medienabteilung des VdG, Oppeln; Sender: Radio Doxa	Sonntag, 12:00 und 21:00
Musikschachtel	Wunschkonzert	Produktion: Medienabteilung des VdG, Oppeln; Sender: Radio Doxa	Montag, 19:05
Allensteiner Welle	Aktuelles über die Tätigkeit der DM in Ermland und Masuren	Produktion: Redaktion aus Allenstein; Sender: Radio Olsztyn	Montag, 11:00 und 21:00
Treffpunkt	Publizistisches Magazin der deutschen Minderheit	Produktion: Mittendrin, Ratibor	Mittwoch, 11:00 und 21:00
Die deutsche Stimme aus Ratibor	Wunschkonzert	Produktion: Mittendrin, Ratibor	Sonntag, 13:00 und 19:00
Frauenfragen	Radiopodcast: Was bewegt Frauen in Oberschlesien?	Produktion: Medienabteilung des VdG, Oppeln; Sender: Radio Doxa	Donnerstag, 11:00 und 21:00

Radiosendungen im Rundfunk in der Woiwodschaft Schlesien:

Präsent – ist ein deutschsprachiges, publizistisches Magazin über deutsch-polnische Beziehungen und Ereignisse aus dem Leben der deutschen Minderheit in der Woiwodschaft Schlesien. Das Magazin wird seit 2010 im halbmonatlichen Zyklus im öffentlich-rechtlichen Polnischen Rundfunksender Radio Katowice ausgestrahlt. Die Sendung gewann die Anerkennung unter Journalisten und dient als Vorbild für neuen journalistischen Nachwuchs.

Sender:
POLSKIE RADIO KATOWICE
Gliwice – 89,3 MHz, Racibórz – 97,0 MHz, Częstochowa – 98,4 MHz, Katowice – 101,2 MHz, Katowice – 102,2 MHz, Bielsko-Biała – 103,0 MHz.

Sendezeiten:
Jeden zweiten Montag
20:05 Uhr

Die deutsche Stimme aus Ratibor – die erste deutschsprachige Sendung der deutschen Minderheit in Polen, die ununterbrochen seit April 1997 bis heutzutage produziert und ausgestrahlt wird. Im Laufe der Zeit veränderte sie die Formel und aus einem Wunschkonzert wurde ein Magazin mit lokalen Nachrichten, Radiobeiträgen zum Thema der Tätigkeit der deutschen Minderheit und mit dem schon erwähnten Wunschkonzert mit Wünschen und deutschen Schlagnern. Die Sendung gewann den dritten Platz bei der Journalisten-Gala in Bonn im Jahr 1998.

Sender:
RADIO VANESSA
Racibórz – 100,3 MHz
Krapkowice – 95,8 MHz

Sendezeiten:
Jeden Sonntag
11:05 Uhr

OBERSCHLESIISCHE STIMME

Impressum

Herausgeber: Deutscher Freundschaftskreis im Bezirk Schlesien

Anschrift: ul. Wczasowa 3, 47-400 Racibórz, Tel.: +48 32 415 79 68
Mail: o.stimme@gmail.com

Chefredakteurin: Anita Pendzialek

Im Internet: mittendrin.pl,
dfkschlesien.pl

Druck: Switch Entertainment

Das Bulletin erscheint mit finanzieller Unterstützung des Ministeriums für Inneres und Verwaltung der Republik Polen und des Konsulats der Bundesrepublik Deutschland in Oppeln.



Die Veröffentlichung gibt nur die Ansichten des/der Autor(en) wieder und kann nicht mit der offiziellen Position des Ministers für Inneres und Verwaltung gleichgesetzt werden. | Publikacja wyraża jedynie poglądy autora/ów i nie może być utożsamiana z oficjalnym stanowiskiem Ministra Spraw Wewnętrznych i Administracji.